Morgen-Ausgabe
No. 589. — 56. Jahrgang.

# Berliner Volks-Zeitung

Beiblatt
Mittwoch, 16. Dezember 1908

## Ueber Groß-Berliner Kommunalpolitik

sprach vorgestern abend der frühere Oberst Gaedke in einer öffentlichen Versammlung, die von der Demokratischen Vereinigung des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises nach dem großen Saale der Viktoriabrauerei in der Lützowstraße einberufen worden war.

Der Redner legte dar, daß die Demokratische Vereinigung ihre Arbeit nicht auf die Demokratisierung von Reich und Staat beschränken dürfe, sondern vor allem auch dafür sorgen müsse, daß in den Kommunen ein freierer demokratischer Geist an Stelle der Cliquenwirtschaft des Kommunalfreisinns Platz greife. Aus der Herrschaft des Kommunalfreisinns erkläre sich die logische Rückständigkeit der Kommunalpolitik in Groß-Berlin. Eine gesunde Wohnungspolitik, eine Beseitigung des entsetzlichen Wohnungselends sei gar nicht denkbar, solange Bodenspekulanten und Hausagrarier in den Stadtverwaltungen das Zepter führen.

Der Kommunalfreisinn repräsentiere in den Kommunen ebenso die Reaktion wie das Junkertum im Reich und Staat. Diese reaktionäre Herrschaft halte sich nur durch das rückständige kommunale Dreiklassenwahlsystem aufrecht, das in einigen Landgemeinden, beispielsweise in Steglitz, noch volksfeindlicher sei als in Berlin. Die Demokratie müsse deshalb mit allem Nachdruck ein freies Wahlrecht für die Kommunen fordern. Wenn die Kommunen Groß-Berlins den Uebergriffen der Staatsaufsichtsbehörde und der Protzigen großer Verkehrsgesellschaften so wenig Widerstand entgegensetzen könne, so sei das in erster Linie auf die

### Kleinstaaterei innerhalb Groß-Berlins

zurückzuführen. Groß-Berlin müsse zu einem einheitlichen Selbstverwaltungskörper gemacht werden, freilich nicht unter der Herrschaft eines Oberpräsidenten. Daß dieses Ziel jetzt in so weiter Ferne liegt, sei zum großen Teil die Schuld der Rückständigkeit des Berliner Kommunalfreisinns in früheren Jahren. Daß es bei einem energischen Auftreten der demokratischen Gleichrechte möglich sei, die Macht des Kommunalfreisinns zu brechen, habe schon die jüngste Wahl im 5. Berliner Kommunalwahlbezirk in der zweiten Abteilung gezeigt. Herr Mugdan wäre hier unterlegen, wenn sich nicht seine Freunde im Magistrat über die rechtlichen Bedenken hinweggesetzt hätten. Bei der Stichwahl habe dann die Mugdan-Gruppe mit all den Mitteln des wirtschaftlichen Druckes auf die Wähler gearbeitet, die gerade von dieser Seite immer den Sozialdemokraten zum Vorwurf gemacht worden. Demgegenüber sollten auch die Demokraten durch die Eintragung ihrer Freunde bei den Wahlen zeigen, daß sie ebenfalls eine wirtschaftliche Macht in die Wagschale zu werfen haben. Dieses erste unter so ungünstigen Umständen erfolgte Eingreifen der Demokratischen Vereinigung in die Kommunalwahlen müsse ermutigend für die Zukunft wirken. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion betonte Herr Rheinhold die Notwendigkeit, jetzt schon mit der vorbereitenden Arbeit für die nächsten Stadtverordnetenwahlen in Berlin zu beginnen. Herr Zucker beleuchtete die tadelnswerte Haltung, die die freisinnige Volkspartei im Falle Schücking bewiesen habe. Vertreter der freisinnigen Volkspartei hätten Schücking inständig gebeten, er möge doch ja nicht Berufung einlegen. (Hört, hört!) Das kennzeichne den Mannesmut des Blockfreisinns. Herr Oberlehrer Oestreich erklärte es für eine der Hauptaufgaben des nächsten Delegiertentages der Demokratischen Vereinigung, ein festes Kommunalprogramm und Grundsätze für seine Durchführung aufzustellen. Herr Dr. Moses brandmarkte die Sünden des Berliner Kommunalfreisinns. Der freisinnige Berliner Klingel sehe seine Aufgabe vor allem darin, seine Freunde in gute Positionen zu bringen. Bei ihm beginne man die Karriere als Schreiber des Herrn Gerschel, um dann unbesoldeter und nach zwei Jahren besoldeter Stadtrat zu werden. Diese Wirtschaft unterscheide sich wenig von der Bevorzugung des Adels in der staatlichen Verwaltung. Nachdem noch Professor Rickert die Kampfesweise der Mugdanesen bei der letzten Stadtverordnetenwahl gekennzeichnet hatte, wurde die Versammlung geschlossen. Sie hat der Demokratischen Vereinigung wieder eine Reihe neuer Mitglieder zugeführt.

## Lokales.

### Berliner Ladendiebe.

Jetzt ist die hohe Zeit der Berliner Ladendiebe; niemals im Jahre blüht ihr Weizen so wie in dieser Zeit vor dem Weihnachtsfeste. Trotzdem die Ueberwachung durch Geheimpolizisten in starken Verkehrszeiten bedeutend verschärft wird und die Geschäfte selbst besonderes Aufsichtspersonal anstellen, das sich unbemerkt unter den Käufern bewegt, gelingt es verhältnismäßig selten, die ungebetenen Gäste, die ihr Handwerk mit außerordentlicher Raffiniertheit betreiben, auf frischer Tat zu ertappen. Der Verlust, der in diesen vorfestlichen Tagen den Geschäftsleuten aus Ladendiebstählen erwächst, ist viel bedeutender, als der Laie ahnt. Erst wenn die größeren Geschäfte nach dem Feste zur Inventur schreiten, erkennen sie in vollem Umfang, um wieviel sie geplündert worden sind.

Das größte Kontingent der „Schollenfeller", wie die Ladendiebe in der Gaunersprache heißen, stellen Frauen, weil sie den Raub leichter verbergen können als ihre männlichen Spießgesellen. Sie stehlen hauptsächlich Spitzen, Schnittwaren, Seide und Schuhwaren. Alle Spitzbuben sind konservativ und gehen über ihre „Branche" nur ungern hinaus. Oft werden auch Kinder zum Ladendiebstahl angehalten; diese stehlen mit Vorliebe Schwaren, Spielzeug und Geld. Geht der Ladendieb allein auf Arbeit, so läßt er sich meistens Waren vorlegen, die im Rücken des Verkäufers oder in abgelegenen Teilen des Ladens aufbewahrt werden.

Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei wirken bei Ladendiebstählen gewöhnlich mehrere Personen zusammen. Sie betreten den Laden entweder gleichzeitig oder unmittelbar hintereinander. Der eine läßt sich vom Verkäufer eine möglichst große Auswahl vorlegen und verwickelt ihn dabei in ein Gespräch; inzwischen stiehlt der andere, was er erreichen kann. In der Nähe des Geschäfts stehen dann weitere Gehilfen, die das Gestohlene sofort in Empfang nehmen. Die stehlenden Frauen machen sich in dem Paletot lange und weite Taschen, die schräg nach hinten laufen; bisweilen nähen sie auch Kleid und Unterrock zusammen und bringen vorn oder an der Seite des Kleides einen versteckten Schlitz an, durch den die Beute verschwindet. Viele decken auch mit dem Cape irgendeine Ware zu, die auf dem Ladentisch liegt, und nehmen sie dann mit der gleichfalls vom Cape bedeckten Hand weg.

Manche der handwerksmäßigen Diebinnen erscheinen als Ammen oder Kindermädchen mit einem Kind auf dem Arm, dessen langes Tragkleid ihnen beim Stehlen zustatten kommt. Schuhwerk rauben sie derart, daß sie beim Anprobieren einzelne Paare unter dem Kleide an Haken aufhängen, die an Schnüren befestigt sind. Die Tricks bleiben im allgemeinen immer dieselben. Alles kommt auf die Gewandtheit bei der Ausführung an, durch die oft das wachsamste und geschärfteste Auge getäuscht wird. Im Gedränge des großen Kaufhauses stiehlt es sich am leichtesten, und dort machen Gelegenheitsdiebinnen die nicht selten Kreisen angehören, in denen man sie am wenigsten vermutet, ihren Genossen vom Fach die erfolgreichste Konkurrenz.

### Die ersten Telephone in Berlin.

Von dem Zivilingenieur Alexander Bernstein in Berlin erhält das „Berl. Tageblt." folgende interessante Mitteilungen über die ersten Telephonanlagen in Berlin:

Die Bemerkung, die Geheimrat Emil Rathenau bei der Feier seines siebzigsten Geburtstages über den Pessimismus Stephans gemacht hat, erweckt in mir die Erinnerung an die Bestrebungen Stephans, jeden telephonischen Verkehr als ein Monopol der Regierung zu betrachten. Es wird manchem erinnerlich sein, daß die ersten Telephone, die aus Amerika zu uns kamen, wohl als eine wunderbare Erfindung betrachtet wurden, jedoch nur wenig praktische Verwendung finden konnten. Dies änderte sich plötzlich durch die Einschaltung des Mikrophons, dessen Verwendung genügend kräftige Schwingungen in der empfangenden Telephonmembrane erzeugten. Die erste Anlage des so praktisch brauchbar gemachten Telephons wurde in Berlin von mir in dem Geschäftshause von B. Manheimer eingerichtet. Vermutlich angeregt durch einen Vortrag über Telephonie, den ich damals im Verein zur Beförderung des Gewerbefleißes gehalten hatte, erhielt ich die Aufforderung, im Palais des Kronprinzen eine praktische Demonstration über Telephonie zu veranstalten. Ich erinnere mich noch mit Vergnügen des Interesses, das die Kronprinzessin Viktoria dem Gegenstande meines Vortrages zuwandte. Kurze Zeit darauf besuchte mich ein Hofbeamter und erklärte mir, die Kronprinzessin hatte sehr gern eine Telephonanlage von mir im Palais machen lassen, aber es sei von irgend einer Seite Einfluß dahin geltend gemacht worden, daß Anlagen dieser Art nur von der Telegraphenverwaltung eingerichtet werden sollten.

In derselben Zeit beschäftigte mich das Projekt, einige Fabriken an der Oberspree mit ihren Berliner Bureaus durch Telephon zu verbinden. Ich besprach die Sache eingehend mit Werner Siemens, der mir seinen Beistand zusagte. Zu diesem Zwecke sollten Kabel gelegt werden, und die Zustimmung verschiedener Behörden war erforderlich. Im Berliner Magistrat war man der Sache nicht abgeneigt, aber, Stephan war entschieden dagegen. Unter anderem wurde der Einwand erhoben, es könne in Berlin eine Revolution ausbrechen und Nachrichten hierüber durch diese Telephonanlage nach auswärts gesandt werden, ohne daß die Regierung eine Kontrolle hätte. (!) Bald darauf erhielt ich einen Auftrag, bei dessen Ausführung Stephan mir behilflich war. Es sollte für die Papierfabrik auf dem Bismarckschen Gute Varzin eine Anlage gemacht werden. Hier wurden die Drähte auf den öffentlichen Wegen durch Telegraphenbeamte gelegt, und meine Apparate durften benutzt werden.

Mißmutig durch die Schwierigkeiten, die mir hier in den Weg gelegt wurden, wandte ich meine Tätigkeit dem Auslande zu. Etwa ein Jahr später gründete dann Rathenau mit Zustimmung von Stephan die erste Telephonzentrale in Berlin.

### Der abgelehnte Studentenfackelzug.

Die Studentenschaft der gesamten Berliner Hochschulen beabsichtigte dem Kaiser anläßlich seines fünfzigsten Geburtstages einen Fackelzug darzubringen. Der Gedanke hierzu war bereits im Sommer d. J. entstanden, und der Zentralausschuß der Berliner Hochschulen hatte auch dementsprechend im vorigen Semester mit den Vorbereitungen innerhalb der Studentenschaft begonnen. Als im Herbst d. J. die bekannten politischen Ereignisse eintraten, entstand in der Studentenschaft eine heftige Gegenströmung gegen die geplante Kundgebung, die jedoch nach der Kaiser-Interviewdebatte im Reichstage und der Erklärung im „Reichsanzeiger" etwas nachließ. Der Zentralausschuß beschloß daher endgültig die Veranstaltung eines Fackelzuges, für den auf eine Beteiligung von etwa 4000 Studenten gerechnet wurde. Die nötigen Vorbereitungen wurden getroffen. Das königliche Polizeipräsidium erteilte seine Genehmigung, und auch das königliche Hofmarschallamt hatte auf eine mündliche Anfrage hin die Antwort gegeben, daß es gegen den Fackelzug der Berliner Studentenschaft nichts einzuwenden habe, jedoch der Form gemäß um eine schriftliche Eingabe bäte. Hierauf traf jetzt vom Hofmarschallamt folgendes Schreiben ein:

> ... Auf das Schreiben vom 24. v. M. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß S. M. der Kaiser und König für die freundliche Absicht, den bevorstehenden allerhöchsten Geburtstag durch einen Fackelzug zu begehen, sehr dankbar sind, mit Rücksicht auf die kalte Jahreszeit aber bitten, von dieser Veranstaltung Abstand nehmen zu wollen.
>
> gez. A. Eulenburg.

Der Fackelzug wird also unterbleiben.

### Statistik des Berliner Jugendgerichts.

In der letzten Sitzung der „Juristischen Gesellschaft" machte Amtsgerichtsrat Dr. Köhne, der Vorsitzende des beim Amtsgericht Berlin-Mitte errichteten Jugendgerichts, interessante statistische Angaben über die Tätigkeit des Jugendgerichts während der ersten vier Monate seines Bestehens. Von den 481 in Berlin-Mitte vom 1. Juni bis zum 1. Oktober 1908 abgeurteilten Jugendlichen hatten nur 277 ein normales Elternhaus, von 204 waren die Eltern teils vorbestraft, teils führten sie einen unsittlichen Lebenswandel. Von diesen 481 Jugendlichen wurden 362 verurteilt und 119 freigesprochen. Mangel an Einsicht fand sich bei 72; 88 waren vorbestraft. Unter 400 abgeurteilten männlichen und 81 weiblichen Personen waren von den männlichen 74 12 bis 14 Jahre alt, von denen 40 verurteilt und 34 freigesprochen wurden. 14 bis 16 Jahre alt: 118, von denen 94 verurteilt, 24 freigesprochen wurden. 16 bis 18 Jahre alt: 203, von denen 188 verurteilt und 15 freigesprochen wurden. Unter den weiblichen Personen von 12 bis 15 Jahren befanden sich fünf, von denen drei verurteilt und zwei freigesprochen wurden. 14 bis 16 Jahre alt waren 21, von denen 17 verurteilt und vier freigesprochen wurden. 16 bis 18 Jahre waren 55 alt, von denen 50 verurteilt und 5 freigesprochen wurden. Diebstahl lag in 237, Unterschlagung in 37, Obdachlosigkeit in 6, Körperverletzung in 16, Polizeiübertretung in 62 Fällen vor. 261 Verweise, 40 Geldstrafen und 61 Haftstrafen wurden ausgesprochen. Die Haftstrafen beliefen sich bis zu vier Monaten; in einem Falle wurde auf neun Monate Haft erkannt. Vormundschaftliche Fürsorge wurde in 79 Fällen angeordnet, in 5 Fällen wurde den Eltern ein Beistand gewährt, und in 135 Fällen wurden die Jugendlichen an die Hilfsvereine empfohlen.

### Weihnachtszüge nach dem Westen.

Sonderzüge zum Weihnachtsfest gehen auch von Berlin nach dem Westen. Von allen werden zwei D-Züge von der Stadtbahn nach Köln und zurück geführt. Sie laufen als Vorzüge zu den ersten Tagesschnellzug nach Köln und zum Nachtschnellzug, ab Friedrichstraße 8.44 morgens und 9.43 abends, zurück von Köln 10.01 früh und 9.40 abends, an Berlin Friedrichstraße 6.55 abends und 7.10 früh. Außerdem geht ein Sonderzug von Hannover 3.41 nach Köln zum Anschluß an den Schnellzug ab Berlin Friedrichstraße 11.46. Diese Züge führen alle drei Klassen und Speisewagen; sie verkehren vom 21. und 22 Dezember an. Vom Bahrter Bahnhof geht außerdem in ein Personenzug am 23. Dezember 11.40 nachts und am 24. Dezember 1.55 nachmittags bis Hannover. Ferner geht vom 19. Dezember an von Duisburg-Ruhrort nachmittags 2,28 ein Personenzug nach Berlin, an Friedrichstraße 3,55 früh. Endlich geht von Mülheim a. Rh. am 23. Dezember 11.41 abends ein Personenzug nach Berlin, an Bahrter Bahnhof 4,45 nachmittags. Die Personenzüge führen alle vier Klassen.

### Der Berliner Künstlerverein

veranstaltet jetzt von Zeit zu Zeit in seinem schönen Heim in der Bellevuestraße gesellige Abende mit Vorträgen, musikalischen Aufführungen und anderen unterhaltenden Veranstaltungen, denen etwa von 10 Uhr ab die Festkommission ein Tänzchen folgen läßt. Bei dem jüngsten dieser Abende, am Montag, wirkten Frl. Paula Il ko-Weimar, großherzogliche Hofopern- und Kammersängerin, Herr Professor Ludwig Hirschberg, Herr Hofkonzertmeister Johannes Schöffer und Herr Dr. Marx-Möller mit. Es war ein auserlesenes Programm, das in vortrefflicher Weise durchgeführt wurde. Die tanzfrohe Jugend verblieb nach dem Konzert noch etliche Stunden in erhöhtester Stimmung beisammen. Diese Veranstaltungen erfreuen sich dank der geschickten Tätigkeit der Festkommission steigender Beliebtheit bei den Vereinsmitgliedern und ihren Gästen.

### Eine Musiksteuer.

In unseren Tagen der „Reichsfinanzreform" und der Suche nach Steuerobjekten, bei der es auch an dem Vorschlag der Luftbarkeitssteuer nicht fehlt, wird der Hinweis auf einen Vorschlag dieser Art von Steuern gewiß einiges Interesse finden. In Mylius' „Corpus Constitutionum Marchicarum" findet sich „de dato Berlin, den 7. Martiu 1720" ein „Edikt wegen des von den Musicanten und Spielleuten bei der Accis-Casse zu erlegenden Nahrungsgeldes".

Denn König Friedrich Wilhelm I. hatte sich „aus besonderen Ursachen allergnädigst entschlossen, alle und jede sowohl in Städten als auf dem platten Lande wohnende Musikanten und Spielleute, wie sie auch Namen haben mögen, und ohne Unterschied der Instrumente, auf ein gewisses Nahrungsgeld setzen zu lassen". Sie müssen „jedesmahl da sie auf Hochzeiten, Kindtauffen, Ehrenmahlen, Gelagen, und zum Tanz oder sonsten zur Lustbarkeit mit der Music aufwarten wollen, zuvor von der Accisekasse jeder Stadt einen gestempelten Zettel, der nur einen der Tag gültig ist, nach der vom Commissario loci gesetzten und Uns allergnädigst approbirten Taxe lösen, ehe aber mit der Musik sich nicht hören lassen, oder in Entstehung dessen das erste Mahl in 6 Talex Strafe verfallen seyn, und das zweyte Mahl mit der Music weiter aufzuwarten ihnen gänzlich untersaget und verbothen seyn soll."

Diese Steuer belief sich in einem Falle, wie wir aus einer Eingabe ersehen, bei einem Einkommen von 570 Talern auf 30 Taler, das heißt über 5 Prozent. Aber nur eine Klasse der Musikanten die Stadtpfeifer, waren zu dieser Abgabe verpflichtet. Die „Concerts de Musique" vornehmerer Künstler und die niedere Biermusik „in Klip-Schenken der Städte oder in den aus den Städten oder Aemtern verlegten Schanck-Krügen in Dörfern" waren von der Zahlung des „Nahrungsgeldes" befreit. Und daß die wirtschaftliche Lage der Stadtpfeifer bei der Nüchternheit und Sparsamkeit Friedrich Wilhelms I. schon an sich nicht besonders günstig gewesen sein wird, nimmt Dr. Curt Sachs in seiner soeben erschienenen „Musikgeschichte der Stadt Berlin bis zum Jahre 1800", die uns von den Stadtpfeifern, Kantoren und Organisten an den Kirchen städtischen Patronats erzählt, wohl mit Recht an. Gewiß dürften die Leistungen der Berliner Stadtmusikanten zum Beispiel in den neunziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts gering genug gewesen sein, da sie unter der Leitung eines Meisters (Johann Christian Busch) standen, der, um die Not seiner wirtschaftlichen Lage zu vergessen, zusammen mit seiner Frau zur Branntweinflasche griff. „Im Hause gibt es nichts als Streit und Prügeleien zwischen den Eheleuten; Gericht und Kirche beschlagnahmen das städtische Gehalt, Nebenverdienste fallen nicht mehr ab, der Gerichtsvollzieher (Exekutor) muß unverrichteter Sache wieder abziehen, weil er außer den Instrumenten nichts im Hause findet." Die „Cultores" der „Music" mußten sich „mit Sorgen der Nahrung" quälen; wir können danach auch nicht annehmen, daß in Berlin die Music „florieren" konnte.

### Korporation der Kaufmannschaft von Berlin.

Bei den diesjährigen Ergänzungswahlen für das Aeltestenkollegium und die Finanzkommission der Korporation der Kaufmannschaft von Berlin sind gewählt worden: als Aelteste der Kaufmannschaft: Stadtrat a. D. Johannes Kämpf, Stadtrat Dr. Max Weigert, Geheimer Kommerzienrat E. Helfft, Wilhelm Kantorowicz, Otto Luther, Heinrich Maas, Kommerzienrat Max Richter, Albert Schwab, Georg Frank, Direktor Leopold Steinthal; als Mitglieder der Finanzkommission: Max Salinger, Kommerzienrat Albert Stäcke, Kommerzienrat A. G. Wittekind.

**Große Unterschleife** sind im Betriebe der Apparatebaugesellschaft Bohmer, Schlesischestraße 20 zu Berlin, aufgedeckt worden und haben zur Verhaftung von fünf Personen, des Expedienten der Gesellschaft, Hermann Schultze aus Wilmersdorf, des Packers Paul Stibert, Lübbenerstraße 23, der Kaufleute Weiß und Lang zu Rixdorf und des Reisenden Steffe aus der Wienerstraße geführt. Die Entdeckung erfolgte dadurch, daß das Grammophongeschäft von Weiß und Co. in der Weserstraße 169 zu Rixdorf durch seine reichhaltige Ausstattung das Interesse der Rixdorfer Kriminalpolizei erregte. Es zeigte sich bei näherer Untersuchung, daß fast sämtliche Warenbestände der Firma Weiß u. Co. zusammengestohlen waren. Fast alle dort vorhandenen Grammophone, Musikautomaten, Sprechmaschinen, Platten, Walzen usw. stammten aus der Fabrik von Bohmer in der Schlesischenstraße 20, wo der Expedient Schultze und der Packer Stibert sie nach und nach gestohlen und durch Steffe nach Rixdorf hatten schaffen lassen. Die Unterschleife datieren seit Jahren. Ein großer Bestand von gestohlenen Sprechmaschinen wurde bereits durch die Kriminalpolizei der bestohlenen Fabrik zurückgegeben.

**Vergiftung durch Leuchtgas.** Der im dritten Stock des Hauses Waterlooufer 11 wohnende Fabrikbesitzer Alfred Palis hat gestern durch das Einatmen von Leuchtgas seinen Tod gefunden. Palis war ein wohlhabender Mann, der im dreißigsten Lebensjahre stand und in der Mittenwaldderstraße 6 eine große Seifenfabrik besaß. Da er sich in guten Vermögensverhältnissen befand, so kann seine Umgebung keine bestimmten Motive für die Tat angeben. Man glaubt daher, daß er vielleicht durch einen Unglücksfall das Opfer der Vergiftung geworden ist. Palis hatte eine vierzimmerige, elegante Junggesellenwohnung inne. Als seine Wirtschafterin gestern früh sein Schlafzimmer betrat, fand sie ihren Herrn tot im Bett vor. Das Schlafzimmer war vollständig mit Gas angefüllt. Ein Arzt der Unfallstation I machte Wiederbelebungsversuche, die aber ohne Erfolg blieben. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

**Durch einen Sturz vom Dache** hat der Dachdecker Franz Hildebrandt aus der Osnabrückerstraße 1 den Tod gefunden. Hildebrandt war auf dem Bau des städtischen Gymnasiums am Reichskanzlerplatz in Charlottenburg beschäftigt und arbeitete auf dem Dache des bereits fertig gestellten Gebäudes, ohne sich anzuseilen. Vermutlich infolge eines Fehltritts glitt Hildebrandt aus und stürzte aus der Höhe der fünften Etage auf den Bürgersteig hinab, wo er mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb. Ein sofort hinzugerufener Arzt konnte nur den Tod des 35jährigen Mannes feststellen.